Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale [illegible] Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund [illegible] Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Junge [illegible]

Anzeigenpreise: [illegible]

Bezugspreis: [illegible]

Verlag: [illegible]

7. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 25. April 1931 — Nummer 73

Groß-Werbetag
Sonntag, 26. April
Alles heraus!

Brot in Dresden 6 Pf. teurer!

Beschlüsse der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter

Dresden, 25. April

Die Arbeiterstimme hat in ihrer Donnerstag-Nummer als einziges Blatt Dresdens mitgeteilt, daß die Dresdner Brotfabriken eine Erhöhung des Brotpreises planen. Heute gibt der Rat offiziell bekannt, daß die Dresdner Brotfabriken ab Montag den Preis pro Pfund Brot um 1½ Pfennig erhöhen, das heißt, ein Vierpfundbrot verteuert sich um sechs Reichspfennige. Dieses neue Attentat auf die werktätige Bevölkerung Dresdens (Der „Wunsch" des Rats, die Brotpreissteigerung für die Fürsorgeempfänger nicht wirksam zu machen, ändert nichts daran) reiht sich an den Lohnraub, an die neuen vorbereiteten Notverordnungen Brünings, an die beabsichtigte Erhöhung der Negersteuer um 350 Prozent und den Abbau des Fürsorgegeldes um 6,5 Millionen in Dresden an. Kampf gegen Sozialabbau und Brotwucher, für die Aenderung der Krisenfürsorge im Sinne des KPD-Antrages im Reichstag, für die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! In diesem Sinne Aufmarsch in Einheitsfront am 1. Mai mit der KPD und RGO.

Die ungeheure Empörung über die neuen Brotwucherpläne hat die Aufmerksamkeit auf die Rolle des sozialdemokratischen Reichsroggenkommissars, Dr. Bade, gelenkt, von dessen Roggenpolitik der Berliner Börsenkurier vom 23. April, folgendes schreibt:

„Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist es, der als Reichskommissar für die Roggenwirtschaft die Verantwortung für die bisherige Roggenpolitik trägt. Er hat die Maßnahmen durchgeführt, durch die ohne Rücksicht auf die spätere Versorgungslage ungeheure Roggenmengen der menschlichen Ernährung entzogen und als Schweinefutter verwendet worden sind."

In der Sitzung des Untersuchungsausschusses für Roggenstützung am 24. April, wurde der Finanzminister befragt wieso Dr. Bade Reichskommissar werden konnte. Daraufhin erklärte Dietrich wörtlich:

„Wir haben die Agrarpolitik mit Hilfe von Dr. Bade und mit Hilfe seines Einflusses auf die Sozialdemokratische Partei umgestellt."

Diese Erklärung des deutschen Finanzministers enthüllt die ganze Heuchelei der sozialdemokratischen Führer, die nunmehr der Unterstützung der schamlosen Brotwucherpolitik überführt sind. Wenn viele SPD-Arbeiter bisher nicht geglaubt haben, wenn die kommunistische Presse diese Behauptung aufstellte, so müssen sie es jetzt angesichts der offiziellen Geständnisse: Millionen Tonnen Roggen sind der menschlichen Ernährung entzogen worden, um Brotwucher treiben zu können! Verantwortlich dafür ist neben den Großagrariern der Sozialdemokrat Dr. Bade und nach Dietrichs Erklärung die gesamte sozialdemokratische Fraktion.

Die werktätigen Massen marschieren unter Führung der KPD. Heute liegen uns folgende Kampfbeschlüsse vor:

(Arbeiterkorrespondenzen 935—988)

„Die am 22. April von über 40 Kollegen besuchte Betriebsversammlung der Firma Koch u. Sterzel, Werk Uebigau, sieht im Verhalten der Ortsverwaltung des DMV einen Versuch die Belegschaft des Betriebes zu spalten. Weiterhin erkennt sie in der jetzigen Brüning-Notverordnung das Bestreben der Bourgeoisie, die Koalitionsfreiheit der Arbeiterschaft zu beseitigen und sie an der Durchführung ihres Lohnkampfes zu hindern.

Die Versammelten erklären sich bereit, am 1. Mai mit der KPD aufzumarschieren für die Forderungen: Gegen jede Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, die nur Lohnraub bedeutet. Für den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub an den Hungerlöhnen der Metallarbeiter."

„Die am 22. April im Schweizerhaus tagende Belegschaftsversammlung Werk Plauen, erhebt den entschiedensten Protest gegen die Brüningsche Notverordnung, die den Kampf der Arbeiter gegen den Lohnraub hemmen soll, und gegen die vom Dresdner Stadtrat geplanten Neubelastungen der Werktätigen. Mit Entrüstung nimmt die Belegschaft Kenntnis von der geplanten ungeheuerlichen Steigerung der Negersteuer und der Verschlechterung der Wohlfahrtsunterstützungen. Sie gelobt, am 1. Mai zum Zeichen ihres Kampfwillens, mit der KPD, als der revolutionären Führerin des proletarischen Klassenkampfes, aufzumarschieren für die Forderungen der Arbeiterschaft".

Die am 22. 4. im Bürgergarten, großer Saal, stattgefundene sehr gut besuchte Versammlung der Erwerbslosen der Stempelstelle Löbtau, Wernerstraße, protestieren gegen den Unterstützungsraub des Rates zu Dresden, desgleichen gegen die Notverordnung der Brüningregierung und gegen die [illegible]. Die Erwerbslosen stellen fest, daß die SPD vor dem [illegible] Verrat und Betrug nicht zurückschreckt, wenn es heißt, die Interessen der Besitzenden zu vertreten und das Elend der Hungernden zu vergrößern. Am 1. Mai marschieren wir nur unter dem Banner der Revolution, unter der Fahne Lenins, unter der Führung der Kommunistischen Partei, der einzigen Partei, die wirklich die Interessen des Proletariats vertritt.

In einer gut besuchten Erwerbslosenversammlung am Mittwoch dem 22. April nahmen die [illegible] Erwerbslosen zur Frage der Erwerbslosen Stellung. Der [illegible] Bürgermeister [illegible] versuchte in einer [illegible] Rede den Erwerbslosen beizubringen, daß sie sich in Geduld zu [illegible] Hungern gewöhnen müßten, was jedoch bei den Erwerbslosen Widerspruch auslöste. Ein Vertreter des Landesausschusses der Erwerbslosen und Gemeindeverordneter H. rechneten scharf mit dem sozialdemokratischen Illusionär ab, der es jedoch vorzog, bald nach seinem Redeschwall zu verschwinden. Nachfolgende Resolution wurde von den parteilosen, sozialdemokratischen und kommunistischen Erwerbslosen gemeinsam angenommen:

„Die am 22. April in Zschachwitz versammelten Erwerbslosen protestieren gegen die erlassene Notverordnung und verlangen Aufhebung derselben. Sie beschließen, als Protest hier gegen am 1. Mai mit der roten Klassenfront, der KPD und der RGO, zu demonstrieren."

Kürzung der Beamtengehälter!

Berlin, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.

Die Ankündigung der KPD-Presse, daß die Brüningregierung die Gehälter der unteren und mittleren Beamten erneut zu kürzen beabsichtigt, hat ihre volle Bestätigung erfahren. Auf Verlangen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, das durch einen Abbau der Beamtengehälter die Arme freibekommen will zum Abbau der Angestellten in der Privatindustrie, hat Herr Stegerwald einen Plan vorgelegt, wonach eine erneute, und zwar ungestaffelte Gehaltskürzung von 6 Prozent bei allen Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden durchgeführt werden soll. Hinzu kommt der Abbau oder die vollkommene Beseitigung bestimmter Zulagen, was weitere 2 bis 3 Prozent mit sich bringen wird. Da nach der ersten Notverordnung die Gehälter bereits um 6 Prozent gekürzt wurden, würde die Durchführung dieses Vorschlages eine Gesamtkürzung von 12 bis 15 Prozent bedeuten. Es ist ganz klar, daß bei den Riesengehältern der oberen Beamten eine solche Kürzung gar nicht ins Gewicht fallen wird, während sie für die unteren und mittleren Beamten eine ungeheuerliche Senkung ihrer Lebenshaltung bedeuten würde.

Angesichts dieser ungeheuerlichen Anschläge werden heute auch die unteren und mittleren Beamten begreifen, wie notwendig und dringend es ist, gemeinsam mit den Betriebsarbeitern und Arbeitslosen die von der Kommunistischen Partei und der RGO durchgeführte Volksaktion gegen das Diktaturregime Brünings und Schiecks unterstützen.

Rot Sport unseren französischen Klassenbrüdern!

Salut revolutionnaire sportif a nos camarades français!

Die französischen Rot-Sportler in Dresden

× Sportgenosse Braly der Leiter der Mannschaft

Die französische Ländermannschaft der roten Sportler traf gestern in Dresden ein. Tausende Arbeiter hatten sich eingefunden. Nach den Begrüßungsansprachen durch den Landesleiter der roten Sportler Sachsens Gen. Hans Voigt, und dem Vertreter der KPD, Gen. Ewald Blau, formierte sich ein wuchtiger Demonstrationszug, der nach Löbtau zog, überall von den Dresdner Werktätigen mit brausendem Rot Sport begrüßt. Ein glänzender Auftakt für den heutigen Länderkampf um 17.30 Uhr auf der Ilgenkampfbahn.

Schufo und Schupo üben Bürgerkrieg

Ungeheuerliche Verbote gegen Arbeiter, KPD und RGO in Ludwigshafen

Dortmund, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Mittwoch dem 22. April, vorm. 10 Uhr, fand bei [illegible] (Ruhrgebiet) eine Bürgerkriegsübung der Höder Schufo, der „Reichsbanner-Schutzformation" Hörstinga, statt. Sie wurde von der Höder Schupo, also der Schutzpolizei, mit Ueberfallwagen herangeschafft. 20 mit Karabinern, [illegible] und [illegible] bewaffnete Schufo [illegible] nach Anweisungen des Schupohauptmannes und einiger Polizeioffiziere im Ueberfall auf ein Dorf. Unter Führung des Hauptmannes wurde ein Sturm auf das Dorf durchgeführt, Haussuchungen abgehalten und „Schwerverbrecher" festgenommen. (Dies waren Anweisungen des Hauptmanns.) Diese Meldung zeigt deutlich, wie die Schufo als Polizeieinsatz ausgebildet wird, um gegen die revolutionäre Arbeiterschaft in den kommenden Kämpfen eingesetzt zu werden.

Diese Meldung offenbart deutlich die Faschisierung der Schufo. Kann sich ein klassenbewußter Arbeiter daran beteiligen? Nein! Er gehört in den Kampfbund gegen Faschismus!

In Ludwigshafen wurden in den letzten Tagen auf Grund der Notverordnung alle Versammlungen der revolutionären Arbeiterschaft verboten. Geschlossene Mitgliederversammlungen der KPD, Versammlungen der RGO und der [illegible] Massenorganisationen wurden überfallen und aufgelöst. Auf die Spitze trieb die Polizei ihren [illegible] Terror gegen die Arbeiterschaft durch das Verbot einer von den roten Betriebsräten der [illegible] Belegschaftsversammlung, in der Stellung genommen werden sollte zu der Entlassung von 600 Arbeitern. In der „Verbotsbegründung" heißt es u. a.:

„Es handelt sich um eine öffentliche Veranstaltung, die von kommunistischen Parteigängern durchgeführt werden soll. Sie dient nach den bisherigen Erfahrungen ausschließlich der Kommunistischen Partei, unter deren Führung die roten Betriebsräte im Rahmen der großen [illegible] [illegible] zu schaffen zum [illegible] der [illegible]. Zur Erreichung dieses Zieles wurde von der KPD und der RGO den roten Betriebsräten die Aufgabe gestellt, die Organisierung der [illegible] Kämpfe und der politischen [illegible] nur gegen einzelne Unternehmergruppen, [illegible] in besondere [illegible] gegen den [illegible] Staat als Voraussetzung der [illegible] zu Zerschlagung.

Die Erregung unter den Arbeitern ist groß.